

ihre militärischen Aktivitäten im Pazifik hochgefahren und streben die Errichtung von Militärbasen im Norden Australiens an, während sie zahlreiche US-Basen in Deutschland aufgelöst haben. Sowohl Donald Trump als auch Hillary Clinton hatten im Wahlkampf geäußert, dass sie in China »einen der Top-Gegner der USA« sähen. Beide hatten angekündigt, bisherige Handelsverträge mit China neu vereinbaren zu wollen. Hillary Clinton machte noch auf die »permanenten Menschenrechtsverletzungen« Pekings aufmerksam.

Was das Verhältnis zu Russland angeht, so pries die Demokratin Clinton das nordatlantische Bündnis als »das beste amerikanische Investment aller Zeiten«. Sie kündigte indes ein größeres amerikanisches Engagement an, »die Alliierten zu stärken, insbesondere gegen die russische Aggression«.

Anders als hierzulande oft dargestellt, spielt es für Deutschland zumindest in diesem Punkt jedoch keine Rolle, dass Trump und nicht Clinton ins Weiße Haus einzieht. Was die Erwartungen amerikanischer Regierungen an Deutschland anbelangt, geht es schon seit der Deutschen Einheit immer um das Gleiche: Die Amerikaner wünschen sich seit 1990 aufgrund der Wiedervereinigung beträchtlich mehr deutsche Soldaten, insbesondere in jenen – europäischen und nahöstlichen – Krisengebieten, aus denen sie sich selbst zurückziehen möchten. Das versteht das gesamte politische Establishment in Washington, D.C. als Teil seiner neuen Weltordnung.



Tom Goeller

ist Journalist für Außen- und Sicherheitspolitik mit den Schwerpunkten USA und Nahost, Schriftsteller und Autor. Zuletzt erschien im be.bra-Verlag: *Freimaurer – Aufklärung eines Mythos*.

tom-usa@gmx.net

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Globale Probleme erfordern globale Lösungen

Wie die Umsetzung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele gelingen kann

Wir leben in einer zutiefst widersprüchlichen Welt: Während der Bedarf für eine Weltordnung jeden Tag wächst, schwinden zugleich die Fähigkeit und der Wille diesen zu bedienen. Nach dem Ende des bipolaren Zeitalters Ende der 80er Jahre erwarteten wir eine neue kooperative Weltordnung. Statt in einer multipolaren Weltordnung befinden wir uns aber inzwischen inmitten einer multipolaren Weltunordnung!

Dabei begegnen uns verschärft Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, wenn wir der zunehmenden Gewalt und Gesetzlosigkeit entgegenarbeiten wollen. Nach 30 Jahren Vorherrschaft des Marktradikalismus ist der »Wettbewerb« zwischen den Staaten härter geworden. Die aufsteigenden Schwellenländer verfolgen zumeist ein eher autoritär geprägtes Wachstumsmodell, das Konflikte zum Teil verschärft, in jedem Fall aber die Ungleichheit in diesen Ländern massiv verstärkt. Wir erleben

eine Renaissance der Großmachtpolitik, die keine Rücksicht auf kollektive Normen nimmt und die Konflikte weiter schürt. Dies gilt sowohl für Russland unter Wladimir Putin als auch für die USA unter Donald Trump. Wir erleben auch, dass in zentralen Fragen die Bindung durch Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates nicht mehr gesucht wird und »Kriegführung« nach jeweiligem Gusto mit dramatischen Verletzungen der Menschenrechte die Gesetzlosigkeit weiter schürt.

Gleichzeitig hat sich die Europäische Union durch eine Fixierung auf eine verfehlte Austeritätspolitik in ihrer Handlungsfähigkeit selbst beschränkt und erscheint deshalb sowie durch die Tatsache, dass sie nicht imstande war, eine solidarische Antwort auf die gestiegenen Flüchtlingsbewegungen zu geben, gespalten.

In dieser Situation war die Beschlussfassung im September 2015 zu den Nachhaltigkeitsentwicklungszielen (*Sustainable Development Goals*, SDGs) und zur Agenda 2030 ein Zeichen der Hoffnung in einer Welt, die von wachsender Gewalt und Gesetzlosigkeit geprägt ist. Damit ist eine bemerkenswerte Richtungsänderung in der internationalen Politik möglich, wenn wir sie denn nutzen!

Das Gleiche gilt für die Beschlüsse der Weltklimakonferenz vom Dezember 2015 in Paris. Denn die SDGs sind universell gültig und binden deshalb nicht nur den Globalen Süden, sondern auch die Länder des Globalen Nordens, also auch Deutschland, auch die USA. Zu den Nachhaltigkeitsentwicklungszielen gehören: inklusives Wachstum, der Abbau von innergesellschaftlichen und globalen Ungleichheiten, menschenwürdige Arbeit, nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, Engagement für Menschenrechte und gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Sicherheit sowie der Kampf gegen den Klimawandel. Diese Ziele stellen die Vision einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation dar.

Verglichen mit diesen Chancen habe ich den Eindruck, dass die deutsche Politik das Thema Nachhaltigkeitsentwicklungsziele eher als Geheimsache behandelt. Das gilt auch für die SPD. Die SDGs sind aber keine entwicklungspolitische oder umweltpolitische Fachaufgabe, sondern sie verlangen soziale Mobilisierung und sind Vorgaben auch für eine notwendige ressortübergreifende Strategie.

Die Industrieländer müssten ihre Gewohnheit beenden, die Konsequenzen ihrer undifferenzierten Wachstumsstrategie in die Länder des Globalen Südens zu exportieren.

Ich greife im Folgenden nur einzelne Punkte heraus, die eine bedeutende positive »Sprengkraft« besitzen.

Zum Beispiel die Bekämpfung der Ungleichheit: Das Ziel 10 verlangt explizit, dass die Einkommen der unteren 40 % einer jeden Gesellschaft stärker steigen sollen als die durchschnittlichen Einkommen. Es verlangt die Verwirklichung der Transaktionssteuer. Und es verlangt, den Steuervermeidungstricks der transnationalen Unternehmen durch eine länderbezogene Offenlegungspflicht Einhalt zu gebieten. Das ist für unsere Länder von Bedeutung, fast noch mehr aber für die Länder des Globalen Südens, denen Milliarden entzogen werden, die sie für ihre eigene Entwicklung dringend brauchen.

Oder das Beispiel Klimawandel (Ziel 13): Der Klimawandel wird künftig zu einem maßgeblichen Treiber für Armut und Flucht werden. Bereits in den letzten Jahren hat

sich die Zahl der Menschen, die aufgrund von Umweltveränderungen flüchten mussten, auf 50 Millionen verdoppelt. Die Gefahr besteht, dass durch den Klimawandel 100 Millionen Menschen mehr verarmen werden, die globalen Ernteerträge könnten sinken, die Nahrungsmittelpreise könnten massiv ansteigen.

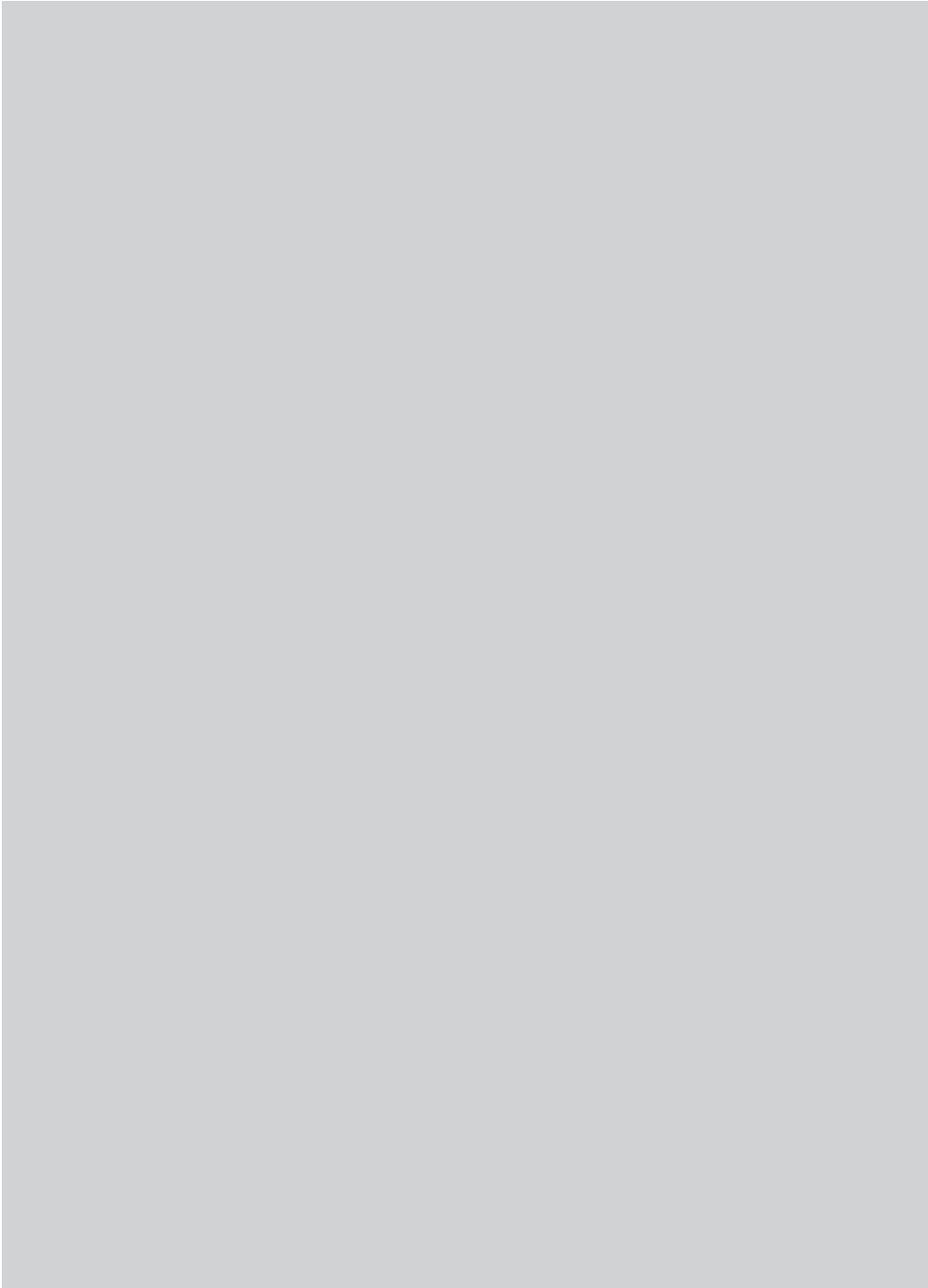
Deshalb verlangen diese internationalen Verpflichtungen, dass die Länder mit dem höchsten Ressourcenverbrauch mit einer neuen Energiepolitik vorangehen. Diese Verpflichtungen sind keine fachspezifischen Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit oder der Umweltpolitik, sondern sie verlangen eine umfassende Strategie aller Länder. Gleichzeitig müssen die ärmeren Partnerländer bei der Umstellung ihrer Energieerzeugung und bei der Anpassung an den bereits laufenden Klimawandel finanziell unterstützt werden. Das erfordert auch andere Maßnahmen zur Vorbeugung, das heißt eine Vorfinanzierung von Kriseneinsätzen, bevor die mögliche Katastrophe stattgefunden hat.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es eine völlig falsche Vorstellung zu glauben, dass ein Eindämmen (*Containment*) im Umgang mit der Flüchtlingsfrage hilfreich sein könne. Notwendig sind vielmehr Formen regulierter Migration, zum Teil auch befristet für eine Ausbildung. Zur globalen Partnerschaft, die von den SDGs gefordert wird, gehört auch die Finanzierung zur Umsetzung der Ziele. Der Vorsitzende des *Sustainable Development Solutions Network*, Guido Schmidt-Traub, geht von einem Finanzierungsbedarf von 3 Billionen US-Dollar aus. Für die Bereitstellung öffentlicher Mittel müssen auch die Länder des Globalen Südens heimische Mittel mobilisieren und die Industrieländer müssen Geld der Entwicklungszusammenarbeit (*Official Development Assistance*, ODA) zur Verfügung stellen.

Gegenwärtig versuchen fast alle OECD-Länder die Kosten für Flüchtlinge und deren Unterbringung als ODA zu deklarieren und damit diese Zahlen künstlich aufzublähen. Dieses Verfahren ist aber kontraproduktiv, denn damit werden wichtige Zukunftsaufgaben in der Entwicklungszusammenarbeit nicht finanziert, die gerade notwendig wären, um langfristige Fluchtursachen zu bekämpfen.

Die SDGs verlangen zudem nicht nur eine Veränderung der Regierungsstrukturen in den einzelnen Staaten, sondern auch der Strukturen der Vereinten Nationen. Die Machtlosigkeit der UN wird immer wieder beklagt. Aber durch die Klage verändert sich nichts, sondern nur durch das Handeln der Regierungen und durch das Handeln auch des UN-Generalsekretärs. Ich setze hier große Hoffnung auf António Guterres! Die Regierungen sollten betonen, dass es gilt, die Errungenschaften der internationalen Rechtsordnung zu verteidigen und auszubauen und der Verletzung universell vereinbarter Normen glaubwürdig entgegenzutreten. Solange die Reform des UN-Sicherheitsrates stagniert, sollten die Regierungen alles tun, um die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der UN in sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen zu stärken. Hier müssten die Mitgliedsstaaten der EU zusammen mit den Ländern in der UN-Generalversammlung, die dazu bereit sind, auch globale Gegengewichte gegen die USA des Donald Trump setzen.

Die Bundesregierung könnte z.B. den Vorschlag der UN-Generalversammlung vom Juni 2009 aufgreifen, ein *Panel on Systemic Risks in the Global Economy* zu schaffen, das die Stiglitz-Kommission gefordert hatte. Dieses Panel sollte in Analogie zum



Weltklimarat aus Expertinnen und Experten bestehen, die nicht dem marktradikalen Denken huldigen. Er sollte regelmäßig Berichte zur Situation der Finanzmärkte publizieren, als ein Frühwarnsystem für Finanzrisiken fungieren und Handlungsempfehlungen zur Regulierung der Finanzmärkte geben. Seine Entwicklung wäre damit eine Schlussfolgerung aus den Erfahrungen der weltweiten Finanzkrise 2008/09.

Vor allem würde er dem UN-Generalsekretär und den UN-Institutionen in ökonomischen Fragen Gewicht geben. Diese Fragen können nicht den G20 überlassen bleiben, denn die Interessen der ärmsten Entwicklungsländer finden darin keinen Ausdruck. Auch wenn es manche für illusionär halten: Ich halte nach wie vor die Forderung nach einem Weltrat (*Global Council*) für soziale, ökologische und wirtschaftliche Fragen für notwendig. Einen derartigen UN-Weltrat hat die SPD in ihrem Hamburger Grundsatzprogramm gefordert.

In einem solchen Gremium sollten alle Kontinente, die internationalen Organisationen sowie die Zivilgesellschaft hochrangig vertreten sein. Er könnte und sollte dem Ziel einer strategischen Ausrichtung der Global Governance zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele Ausdruck verleihen.



Heidemarie Wiczorek-Zeul

von 1987 bis 2013 MdB, war Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung des Deutschen Bundestages.

Robert Kappel

Ringens um Einfluss

Afrika im Fadenkreuz der Interessen

Es wird oft behauptet (und auch von vielen bestritten), dass sich das »westliche Zeitalter« dem Ende zuneige. Mit diesem Begriff wird die internationale Führungsmacht der Vereinigten Staaten und insgesamt der westlichen Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verbunden. Die Bretton-Woods-Institutionen, die OECD und die NATO lassen sich als westliche Lenkungsinstrumente unter amerikanischer Führung begreifen. Der Niedergang der amerikanischen Führungsrolle vollzieht sich in einer Welt, die anders als in den 90er Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satelliten nicht mehr als unipolar empfunden wird, sondern als multipolar oder als zerfallend und ohne hegemoniale Blöcke. Demnach verbleiben lediglich die USA, Europa, China und Russland als große Akteure, die aber nicht mehr alleine gestalten. Die Reichweite ihres Einflusses ist geringer denn je. Die Kohäsionskraft der Vereinigten Staaten hat nachgelassen, was sich am deutlichsten in Lateinamerika, in Afrika und im Nahen Osten zeigt. Der Regierung von Präsident Barack Obama gelang es nicht, den Zerfall von Staaten zu vermeiden, den Terrorismus wirksam zu bekämpfen und die widerstreitenden Machtansprüche Saudi-Arabiens, des Iran, der Türkei